

Kreistag des Landkreises Dahme-Spreewald



NIEDERSCHRIFT

der 13. Sitzung des Kreisausschusses am 06.04.2016, im Großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung, Reutergasse 12, 15907 Lübben (Spreewald)

Beginn: 17:05 Uhr

Ende: 19:55 Uhr

Teilnehmer:

Loge, Stephan	Landrat	
Dr. Kuttner, Michael	CDU/Bauern	
Lehmann, Sylvia	SPD/Grüne	
Ludwig, Stefan	DIE LINKE.	
Schulze, Olaf	CDU/Bauern	
Seelig, Robert	DIE LINKE.	vertrat: Dr. Deutschländer, Adolf
Selbitz, Frank	UBL/Wir für KW	
Strasen, Henry	Alternative für Deutschland	
Terno, Heiko	CDU/Bauern	
Treder-Schmidt, Lothar	SPD/Grüne	
Wille, Martin	SPD/Grüne	

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Degenhardt, Marion	Dezernentin f. kommunale Angelegenheiten u. inneren Dienstbetrieb
Enders, Silvia	Amtsleiterin Ordnungsamt
Görnert, Stefan	Amtsleiter Amt für Bildung, Sport und Kultur
Jahn, Heiko	Büro Landrat/Leiter Stabsstelle Asyl
Klein, Stefan	Kämmerer, Amtsleiter Kämmerei und Kreiskasse
Koppe, Simone	Schriftführerin
Kunze, Ralf	Personalratsvorsitzender
Lehmann, Harald	Amtsleiter Sozialamt
Lehmann, Katrin	Bereich Wirtschaftliche Beteiligungen und Tourismus
Licht, Dietmar	Amtsleiter Zentrales Gebäude- und Immobilienmanagement
Liebe, Sybille	Leiterin Büro Kreistag
Nagel, Alexander	Amtsleiter Amt für Personal, Organisation und Service
Pernack, Daniela	Büro Kreistag
Piller, Christel	Amtsleiterin Rechtsamt
Pretky, Antje	Integrationsmanagerin
Saß, Carsten	Beigeordneter u. Dezernent f. Bildung, Kultur, Jugend, Gesundheit u. Soziales
Schaaf, Heidrun	Pressestelle
Schrager, Karin	Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt
Starke, Wolfgang	Beigeordneter und Dezernent f. Finanzen, Wirtschaft sowie Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Voigt, Elke	Gleichstellungsbeauftragte
Wagner, Doreen	Mitarbeiterin Gleichstellungsbeauftragte

Entschuldigt waren:

Buße, Maja	CDU/Bauern
Dr. Deutschländer, Adolf	DIE LINKE.

Gäste:

Binienda, Peer	stellv. Amtsleiter Rechtsamt
Herr Janßen	Geschäftsführer Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH (WfG)
Frau Wilde	Einwohnerin Schwarzenburg
Herr Wilde	Einwohner Schwarzenburg
Herr Beyer	Einwohner Schwarzenburg
Herr Halecker	Bewerber Stelle des I. Beigeordneten
Herr Böhme	Innenarchitekt Umbau Kreistagssaal
Vertreter Presse	

TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil:

1. Zur Geschäftsordnung

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.2 zur Tagesordnung
- 1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

2. Vorberatung von Verwaltungsvorlagen und Anträgen für den Kreistag

- | | | |
|-----|---|----------|
| 2.1 | Wahl des Ersten Beigeordneten | 2016/017 |
| 2.2 | Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zum Neubau eines Gymnasiums im Landkreis Dahme-Spreewald | 2016/027 |
| 2.3 | Fortsetzung der Planung für den Neubau eines Verwaltungskomplexes des Landkreises Dahme-Spreewald am Standort Behördenzentrum in Königs Wusterhausen (Jobcenter) | 2016/023 |
| 2.4 | Ausbau von leistungsfähigen Breitbandanschlüssen im Landkreis Dahme-Spreewald | 2016/020 |
| 2.5 | Bevollmächtigung des Landrates zur Unterzeichnung der Kreuzungsvereinbarung des Ersatzneubaus einer Straßenüberführung (Brücke) im Verlauf der K 6132 in Wehnsdorf | 2016/024 |
| 2.6 | Satzung des Landkreises Dahme-Spreewald über die Nutzung von Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung durch Personen, die aufgrund einer Änderung ihres ausländerrechtlichen Status nicht mehr vom Geltungsbereich des Landesaufnahmegesetzes erfasst werden | 2016/028 |
| 2.7 | Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und dem Landkreis Dahme-Spreewald über die Sicherstellung der rettungsdienstlichen Versorgung | 2016/029 |

- | | | |
|-----|---|----------|
| 2.8 | Petition zur Überprüfung der Genehmigung der Errichtung von Windkraftanlagen in Königs Wusterhausen OT Wernsdorf (Waldgebiet Uckley) | 2016/022 |
| 2.9 | Antrag der Fraktion UBL/Wir für KW zur Erstellung einer Informationsvorlage zur strategischen Entwicklung der Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH (ELS GmbH) und dem Beitrag des Landkreises Dahme-Spreewald | 2016/037 |

3. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

4. Genehmigung von Dienstreisen

5. Informationen aus den Gesellschaften

- | | | |
|-----|--|----------|
| 5.1 | Informationen aus den Gesellschaften, Verbänden und Vereinen des Landkreises Dahme-Spreewald | 2016/033 |
|-----|--|----------|

6. Verschiedenes

II. Nichtöffentlicher Teil:

7. Zur Geschäftsordnung

- | | |
|-----|--|
| 7.1 | zur Tagesordnung |
| 7.2 | Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung |

8. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

9. Verschiedenes

Der Vorsitzende des Kreisausschusses, **Landrat Loge**, eröffnet die 13. Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Landrat Loge freut sich, dass die Kreisausschuss-Sitzung wieder im neu gestalteten Kreistagsaal stattfinden kann.

Er begrüßt den Innenarchitekten, Herrn Böhme, der an der Gestaltung des neuen Kreistagsaales mitgewirkt habe.

I. Öffentlicher Teil:

TOP 1. Zur Geschäftsordnung

TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Landrat Loge stellt fest, dass die Einladung form- und fristgemäß erfolgte. Von elf stimmberechtigten Ausschussmitgliedern sind alle elf anwesend. Damit ist der Kreisausschuss beschlussfähig. Herr Dr. Deutschländer hat sich entschuldigt. Als Vertreter ist Herr Seelig anwesend.

TOP 1.2 zur Tagesordnung

Anregungen, Ergänzungen oder Hinweise zur Tagesordnung liegen nicht vor. Die Abhandlung erfolgt in der vorliegenden Fassung.

TOP 1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

Gegen die Niederschrift vom 24.02.2016 liegen keine schriftlichen Einwendungen vor.

Herr Wille trägt folgende Änderungswünsche vor:

Auf der Seite 10 der Niederschrift im 4. Absatz muss es statt das Amt Luckau **die Stadt** Luckau heißen.

Auf der Seite 17 im 1. Absatz letzte Zeile sollte hinter der Technischen Hochschule **Wildau** hinzugefügt werden.

Landrat Loge bittet um eigenständige Korrektur in der Niederschrift. Die Niederschrift gilt damit als anerkannt.

TOP 2. Vorberatung von Verwaltungsvorlagen und Anträgen für den Kreistag

TOP 2.1 Wahl des Ersten Beigeordneten

Landrat Loge teilt mit, dass allen Abgeordneten des Kreistages die Bewerbungsunterlagen von Herrn Halecker als nichtöffentliche Anlage mit der Vorlage in der letzten Woche übersandt wurden. Kurzfristig habe man sich entschieden, die Bewerbungsanschriften sowie die Lebensläufe aller Bewerber als nichtöffentliche Anlage allen Abgeordneten zu übersenden. **Landrat Loge** weist darauf hin, dass er sich erlaubt habe, Herrn Halecker für den heutigen Kreisausschuss einzuladen. Er unterbreitet den Vorschlag, dass sich Herr Halecker kurz vorstelle. **Landrat Loge** fragt nach, ob es zu diesem Vorschlag gegenteilige Meinungen gebe. Das ist nicht der Fall. Er bittet Herrn Halecker um kurze Erläuterungen zu seinem Lebenslauf, seiner Person und über seine Vorstellungen zu den Aufgaben des Ersten Beigeordneten.

Herr Halecker bedankt sich zunächst für die Einladung und freut sich sehr, dass er die Möglichkeit bekommen hat, sich heute im Kreisausschuss des Landkreises Dahme-Spreewald vorzustellen.

„Ich heiße Chris Halecker und vollende am 12.04.2016 das 51. Lebensjahr. Ich bin in der Uckermark, in Prenzlau, geboren. In Schwedt bin ich groß geworden, dort zur Schule gegangen und habe in Schwedt das Abitur abgelegt. Nach dem Abitur habe ich den Beruf eines Baufacharbeiters, Spezialisierung Maurerarbeiten, erlernt. 1988 habe ich in der Ingenieurschule in Cottbus mein Diplom als Bauingenieur für die Fachrichtung Militärbauwesen erfolgreich abgeschlossen und besuchte die Offiziersschule in Zittau. Dort habe ich in einem sechsmonatigen Lehrgang das Handwerk eines Offiziers erlernt. Ich bin dann zum damaligen Rat des Kreises

Fürstenwalde in die Abteilung Zivilverteidigung gewechselt. Im Jahre 1989 wurde ich nach Beeskow entsendet, um dort mein zweites Ingenieurstudium im Zivil- und Katastrophenschutz im damaligen Institut für Zivilverteidigung der DDR zu absolvieren. Im Zuge der Wende habe ich mich im Jahre 1990 in der Kreisverwaltung Fürstenwalde beworben und die Stelle des Amtsleiters für Bevölkerungsschutz bekleidet. Zu meinen Aufgaben gehörten der Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz sowie der Rettungsdienst. Seitens des Rettungsdienstes war es meine Aufgabe, diesen nach bundesdeutschem Recht zu formen und aufzubauen. Aus dieser Zeit basiert auch meine Zusammenarbeit mit Frau Enders. Wir kennen uns jetzt über 20 Jahre. Nach der Kreisgebietsreform 1993/1994 war ich Amtsleiter für den Bereich Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz sowie Rettungsdienst im Landkreis Oder-Spree. Im Jahre 1999 habe ich einen kommunalen Eigenbetrieb für diesen Bereich gegründet.

2004 musste ich mich aufgrund eines Streites mit dem damaligen zuständigen Finanzdezernenten des Landkreises Oder-Spree beruflich neu orientieren. Ich wurde mit dem Vorwurf der Veruntreuung konfrontiert. Am 06.12.2007 gab es dann einen Beschluss des Landgerichtes des Landes Brandenburg. Die Klage wurde nicht zugelassen und ich bin von allen Vorwürfen freigesprochen worden. Danach bin ich nach Potsdam in die Landesfeuerweherschule und technische Einrichtung Borkheide abgeordnet worden. In Borkheide habe ich das jetzt geltende Konzept für den Brand- und Katastrophenschutz mit erarbeitet. Ich bin danach in die Projektorganisation Digitalfunk gewechselt. Im Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz habe ich das Büro von Frau Staatssekretärin Hartwig-Tiedt als ihr persönlicher Referent geführt. Am 09.10.2014 bin ich dann wieder in den Landkreis Oder-Spree gewechselt und habe dort den Bereich Brand- und Katastrophenschutz übernommen.

Ich bin verheiratet und habe zwei Kinder. Mein Sohn ist 18 Jahre alt. Er studiert in Stuttgart. Meine Tochter feiert im Mai 2016 ihre Jugendweihe. Ich wohne in Fürstenwalde. Bestandteil der Bewerbung des I. Beigeordneten des Landkreises Dahme-Spreewald ist ein Wohnungswechsel. Sollte ich zum I. Beigeordneten gewählt werden, werde ich in den Landkreis Dahme-Spreewald ziehen.

Ich habe von 1992 bis 1994 an der damaligen Verwaltungsfachhochschule in Berlin die Befähigung für den höheren nichttechnischen Verwaltungsdienst in einer Anpassungsfortbildung absolviert. Des Weiteren bin ich im Besitz von Zertifikaten diverser Lehrgänge, unter anderem habe ich auch Führungskommunikationslehrgänge erfolgreich beendet.

Ich bin in meinem jetzigen Aufgabengebiet für den Aufbau einer Notunterkunft für 350 Asylbewerber und Flüchtlinge verantwortlich.“

Landrat Loge bedankt sich für den ausführlichen Vortrag. Er berichtet, dass der Beschlussvorlage 2016/017 zu entnehmen war, wie die Bewerberabläufe von Statten gingen. **Landrat Loge** möchte sich bei den Mitgliedern der Personalauswahlkommission für die Bereitschaft und Unterstützung bedanken. Insgesamt wurden zwei Sitzungen durchgeführt. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es einzig und allein Aufgabe des Hauptverwaltungsbeamten sei, die für ihn geeignete Person den Mitgliedern des Kreistages vorzuschlagen. **Landrat Loge** bittet um entsprechende Unterstützung seines Kandidaten. Anschließend stellt er an die Kreisausschussmitglieder die Frage, ob es gewünscht ist, Herrn Halecker Fragen zu stellen.

Frau Lehmann betont, dass sie für die SPD/Grüne-Fraktion an den Bewerbungsgesprächen teilgenommen habe. Sie könne bestätigen, dass gute Bewerbungsgespräche geführt wurden. Herr Halecker war auch aus ihrer Sicht einer der besten Bewerber.

Frau Lehmann stellt folgende Frage an Herrn Halecker: Wie schätzen Sie Ihren Führungsstil als I. Beigeordneter zu den Mitarbeitern/-innen ein?

Herr Halecker hebt hervor, dass man als I. Beigeordneter die Verantwortung für die Mitarbeiter/-innen habe. Er favorisiere einen transparenten und ehrlichen Führungsstil. Nichts sei schlimmer, wenn der Eindruck entstehe, dass die Mitarbeiter/-innen nicht von ihrem Vorgesetzten über Sachverhalte informiert werden. Es entstehen dann schnell Gerüchte. Die Mit-

arbeiter/-innen müssen mitgenommen werden. Des Weiteren vertritt **Herr Halecker** den Standpunkt, dass vernünftige Entscheidungen seitens der Verwaltungsleitung getroffen und durchgesetzt werden müssen. Als Vorgesetzter habe man auch die Aufgabe, unangenehme Dinge anzusprechen und durchzusetzen.

Herr Selbitz berichtet, dass Herr Halecker in seinen Ausführungen zum beruflichen Werdegang unter anderem mitgeteilt habe, in welchen Bereichen er bisher tätig gewesen sei. Er habe Erfahrungen als Bauingenieur, im Zivil-, Brand- und Katastrophenschutz, im Rettungsdienst und auch im Bereich der Asylproblematik.

Herr Selbitz schlussfolgert aus den Ausführungen von Herrn Halecker, dass er sowohl im Baubereich als auch im Bereich der inneren Verwaltung über Erfahrungen verfüge.

Er stellt folgende Frage an Herrn Halecker: Wo sehen Sie Ihre größeren Stärken? Als Leiter des Dezernates für Planung, Bauwesen und Umwelt oder als Leiter des Dezernates für kommunale Angelegenheiten und innere Verwaltung?

Herr Halecker könne diese Frage nicht abschließend beantworten. Er legt dar, dass man einerseits als Leiter des Dezernates für Planung, Bauwesen und Umwelt für diesen Aufgabenbereich zuständig sei. Andererseits müsse das allgemeine Verwaltungsrecht, angefangen von der Personalentwicklung, von Personalentwicklungskonzeptionen, von Strukturen etc. umgesetzt werden. Weiterhin führt **Herr Halecker** aus, dass die Einflussnahme des politischen Willens in der Verwaltung des Landkreises Dahme-Spreewald gewährleistet sein müsse. Im Dezernat für Planung, Bauwesen und Umwelt sei man gezwungen, die geltende Baugesetzgebung des Landes Brandenburg als auch der Bundesrepublik Deutschland umzusetzen. **Herr Halecker** kann aus seiner bisherigen Tätigkeit berichten, dass das Bauen im Außenbereich sehr viele Probleme bereite. Dort müsse versucht werden, einen vernünftigen Mittelweg zu finden, der beide Seiten befriedige. Er betont, dass er als I. Beigeordneter im Landkreis Dahme-Spreewald in erster Linie Verantwortlicher für das Dezernat für Planung, Bauwesen und Umwelt sei. **Herr Halecker** berichtet, dass die Stelle für diesen Bereich ausgeschrieben war und er sich darauf beworben habe. Das sei Hauptaugenmerk seiner Arbeit. Sollte mein Dienstherr, Landrat Loge, der Meinung sein, dass ich noch andere Aufgaben zu erfüllen habe, werde ich versuchen, das selbstverständlich zu ermöglichen.

Herr Ludwig teilt mit, dass es zahlreiche und vor allem qualitativ interessante Bewerbungen gegeben hat. Er hatte die Gelegenheit, im Gegensatz zu anderen Mitgliedern des Kreisausschusses, Herrn Halecker im beruflichen Werdegang schon früher kennenzulernen.

Herr Ludwig bittet Herrn Halecker Ausführungen zum Aufbau des Digitalfunks im Land Brandenburg, an dem er nicht unerheblich beteiligt war, darzulegen.

Herr Halecker führt aus, dass seine Mitwirkung beim Aufbau des Digitalfunks im Land Brandenburg seiner Ausbildung im Bereich Brandschutz geschuldet war. Er war im bauaufsichtlichen Genehmigungsverfahren sowie in Fragen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TöB) involviert. Diese Aufgaben wurden im Landkreis Oder-Spree in seinem Verantwortungsbereich durchgeführt. Beim Aufbau des Digitalfunks im Land Brandenburg wurde festgestellt, dass das Land Brandenburg eine sehr schwierige Brandverhütungsschau mit diversen Anforderungsprofilen erlassen habe. Alle Landkreise hatten ein Problem, diese Stellen zu besetzen. Der Landkreis Oder-Spree hat für diesen Bereich Bauingenieure gesucht. Es erfolgten insgesamt drei Stellenausschreibungen. Ergebnis der Stellenausschreibungen war, dass sich keine Personen auf die öffentlichen Stellenausschreibungen beworben haben. Seiner Meinung nach waren der Bauboom und die dotierte Entgeltgruppe, welche relativ niedrig angesetzt war, mögliche Ursachen. Man sei dann auf die Idee gekommen, bei den syrischen Flüchtlingen zu recherchieren, ob dort geeignete Personen als Bauingenieur/-in infrage kämen. Man habe tatsächlich eine geeignete syrische Bauingenieurin gefunden. Die syrische Kollegin ist in seinem Bereich seit April 2016 für die TöB-Beteiligung zuständig. Baugenehmigungsverfahren werden von ihr ebenfalls begleitet. Sie habe eine Option auf einen unbefristeten Arbeitsplatz. Die Orga-

nisation hinsichtlich der Absolvierung eines Deutschkurses sowie die Erlernung bauspezifischer Begriffe, u. a. was das Deutsche Baurecht bedeute, erfolgte über das Jobcenter. Das sei für **Herrn Halecker** ein Beispiel gelebter Integration.

Hinsichtlich der Frage des Digitalfunkaufbaus erklärt **Herr Halecker**, dass dieser seit ca. zwei Jahren funktioniere. Es gibt heute noch viele schwarze Löcher. Er erläutert, dass es gelungen sei, mit den Kollegen des Zentraldienstes der Polizei, die Rolle der nicht polizeilichen Funkanwendungen für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) etwas zu stärken und zusammenzufassen.

Herr Halecker findet den Weg hervorragend, den das Land Brandenburg gegangen ist. Die Infrastruktur des Digitalfunks ist Eigentum des Landkreises. Dem Landkreis gehört auch das Netz. In anderen Bundesländern, wie zum Beispiel in Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz werden die Netze gemietet. Das hat zur Folge, dass die Kosten in der Unterhaltung um jährlich 300 % explodieren. Es ist mit der Beratergruppe der nicht polizeilichen BOS gelungen, den Digitalfunk in den Tunnels und im Terminal am Flughafen BER termin- und fristgerecht zu installieren. Aufgrund dieser Tatsache kenne **Herr Halecker** den Flughafen BER sehr gut. Mit dem Kreisbrandmeister des Landkreises Dahme-Spreewald wurde die Ausstattung des Digitalfunks weit vor der notwendigen Zeit vorgenommen, was Frau Enders bestätigen könne. Das heißt, die Feuerwehren konnten digitalfunktechnisch Übungen vornehmen. Des Weiteren war es damaliges Ziel, die Regionalleitstelle Lausitz, zu der der Landkreis Dahme-Spreewald dazu-gehört, digitalfunktechnisch als Erste zu ertüchtigen, da damals von anderen Eröffnungs-terminen des Flughafens BER ausgegangen wurde.

Landrat Loge bedankt sich bei Herrn Halecker für die Ausführungen und möchte erwähnen, dass er nicht nur Fachkraft für Arbeitssicherheit sei, sondern auch eine Zertifizierung als externer Berater habe. Sollten noch Aussprachen zu seiner Person erforderlich werden, könne das im nichtöffentlichen Teil der Kreisausschuss-Sitzung vorgenommen werden.

Herr Dr. Kuttner weist darauf hin, dass sich Herr Halecker soeben vorgestellt habe und keine Diskussion zur Vorlage geführt wurde, so dass er seitens der Fraktion CDU/Bauern einige Anmerkungen machen werde. Er erklärt, dass sich die Fraktion CDU/Bauern sehr bewusst sei, wie wichtig diese Beschlussvorlage ist und welche Auswirkungen diese auf die Verwaltung habe mit dem wichtigen Dezernat für Planung, Bauwesen und Umwelt sowie die Stellvertreterfunktion des Landrates. **Herr Dr. Kuttner** merkt an, dass die Fraktion CDU/Bauern den in der Beschlussvorlage aufgeführten Personalvorschlag in Gänze nicht mittragen könne. Der Personalvorschlag überzeugt aus den verschiedensten Gründen nicht. **Herr Dr. Kuttner** verweist auf die Einzelheiten, die er aber erst im Kreistag vortragen werde.

Herr Selbitz hat eine Anfrage an Herrn Landrat Loge. Er möchte wissen, ob es dem Landrat bei seinem Vorschlag um die Wahl des I. Beigeordneten gehe, bei dem es sich noch nicht um die Zuweisung eines Aufgabenbereiches handle. Wird davon ausgegangen, dass der I. Beigeordnete des Landrates gleichzeitig die Nachfolge des scheidenden Baudezernenten, Herrn Klinkmüller, übernehme? Konkret möchte **Herr Selbitz** wissen, ob Landrat Loge beabsichtigt, Herrn Halecker ein anderes als das Baudezernat zuzuweisen.

Landrat Loge erwidert, dass die I. Beigeordnetenstelle mit dem Baudezernat verbunden ausgeschrieben worden sei. Die I. Beigeordnetenstelle wird mit dem Dezernat für Planung, Bauen und Umwelt besetzt. Er plane zurzeit keine Änderungen der Strukturen in der Verwaltung und sehe die Zuordnung für die nächste Zeit als verbindlich an.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Abstimmung mit der Empfehlung zur Weiterleitung an den Kreistag:
- einstimmig bestätigt -

TOP 2.2 Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zum Neubau eines Gymnasiums im Landkreis Dahme-Spreewald

Landrat Loge erklärt, dass es in den Ausschüssen folgende Zustimmungsempfehlungen gab:

Ausschuss für Bauen und Umwelt am 14.03.2016:	einstimmige Zustimmungsempfehlung
Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur am 15.03.2016:	einstimmige Zustimmungsempfehlung
Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit	einstimmige Zustimmungsempfehlung mit einer Stimmenthaltung

Landrat Loge gibt bekannt, dass ein Änderungsantrag der Fraktion SPD/Grüne eingegangen sei, der bei der Diskussion zur Beschlussvorlage mit berücksichtigt werden müsse.

Landrat Loge unterbreitet den Vorschlag, zunächst den Einreicher des Änderungsantrages das Wort zu erteilen. Kollege Saß habe ebenfalls signalisiert, zur Beschlussvorlage Ausführungen vortragen zu wollen.

Frau Lehmann merkt an, dass die Fraktion SPD/Grüne sehr intensiv über die Beschlussvorlage diskutiert habe. Im Ergebnis sei es zu diesem Änderungsantrag gekommen, den Herr Treder-Schmidt formuliert habe. Sie wird mit den Ausführungen beginnen und Herr Treder-Schmidt wird den Hauptteil des Änderungsantrages erläutern. **Frau Lehmann** erklärt, dass die Beschlussvorlage bereits im Vorfeld zu vielen Gedankenaustauschen geführt habe. Es bestand in der Fraktion SPD/Grüne Einigkeit darüber, dass sollte eine Machbarkeitsstudie zum Neubau oder zur Erweiterung eines Gymnasiums beauftragt werden, es sinnvoll wäre, darüber nachzudenken, inwieweit die Möglichkeit bestehe, auch eine Überprüfung hinsichtlich eines 13-jährigen Abiturs zu bedenken. Des Weiteren sollte geprüft werden, ob es möglich ist, eine Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe am Standort einer bisherigen Oberschule im Landkreis Dahme-Spreewald einzurichten. **Frau Lehmann** kann aus vielen persönlichen Gesprächen mit Schüler/-innen und auch Eltern bestätigen, dass seitens dieses Personenkreises eine Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe als Schulform, bei der das Abitur nach 13 Jahren abgelegt wird, eine sehr stark nachgefragte Alternative zum Gymnasium darstelle. Das wird am Beispiel der musikbetonten Gesamtschule „Paul Dessau“ in Zeuthen deutlich, wo wegen fehlender Kapazitäten die meisten Ablehnungen von Bewerberinnen und Bewerbern mit der Bildungsempfehlung der „Allgemeinen Hochschulreife“ erfolgen. Diesen Wünschen folgend, sollte deshalb in der Studie auch untersucht werden, ob eine bisherige Oberschule zu einer Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe entwickelt werden kann und inwieweit der Landkreis eine solche Entwicklung finanziell unterstützen könne. **Frau Lehmann** bestätigt, dass Herr Treder-Schmidt die inhaltliche und pädagogische Rolle im Änderungsantrag mit berücksichtigt und aufgenommen habe. Der Fraktion SPD/Grüne ist es sehr wichtig, dass das Wunsch- und Wahlrecht der Schüler/-innen sowie der Eltern berücksichtigt werde. Auf Grund dessen fordere die Fraktion SPD/Grüne, dass in dieser Machbarkeitsstudie diejenigen befragt werden, um die es letztendlich auch gehe.

Herr Treder-Schmidt ist der Ansicht, dass Frau Lehmann alle relevanten Punkte erwähnt habe. Er findet den Vorschlag der Verwaltung, eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, hinsichtlich der Untersetzung sehr gut. Es müsse geprüft werden, was sinnvoll ist. **Herr Treder-Schmidt** informiert, dass eine Machbarkeitsstudie ausloten sollte, was durchführbar sei. Sie dürfe nicht verengt definiert werden. Es geht darum, dass die Schüler/-innen die allgemeine Hochschulreife erlangen möchten. Dazu gibt es viele Wege, diesen Abschluss zu erreichen. Einige Eltern wünschen das Turbo-Abitur, andere finden das 12-jährige Abitur von Vorteil und andere wiederum schätzen ein, dass für ihre Kinder das 13-jährige Abitur in Frage komme. **Herr Treder-Schmidt** möchte hinzufügen, dass das Modell des 13-jährigen Abiturs eine Möglichkeit

darstellt für begabte Kinder von bildungsferneren Familien in den Gedanken der höheren Ausbildung hineinzuwachsen.

Herr Treder-Schmidt teilt im Zusammenhang mit den hinzuziehenden Flüchtlingskindern mit, dass es dann auch für diese eine Chance gebe, in das Schulsystem hineinzuwachsen. Des Weiteren sei dieser Ansatz ökonomisch, da die Oberschulen vorhanden sind. Die gut ausgebauten Oberschulen können also mit einbezogen und bräuchten nur aufgestockt werden.

Das seitens der Fraktion SPD/Grüne im Antrag mit eingebrachte Angebot, dass der Landkreis das prüfe, wo er zu beteiligen wäre, erscheint sinnvoll. **Herr Treder-Schmidt** schätzt ein, dass dadurch ein kostengünstiges, den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechendes Ergebnis herauskommen werde. Die Fraktion SPD/Grüne hoffe, dass sich auch die anderen Fraktionen des Kreistages dem Änderungsantrag anschließen werden.

Landrat Loge erteilt Herrn Saß das Wort und bittet ihn, den Abgeordneten die Ergebnisse des Ausschusses für Bildung, Sport und Kultur darzulegen. **Landrat Loge** teilt mit und möchte seitens der Abgeordneten des Kreistages wissen, ob der Änderungsantrag der Fraktion SPD/Grüne zum Anlass genommen werden soll, um eine geänderte Beschlussvorlage im Kreistag einzureichen oder ob die vorhandene Beschlussvorlage im Kreistag als Änderungsvorlage extern beraten werden soll.

Herr Saß bedankt sich für das Plädoyer, hier ein möglichst breites Angebot der Übergänge für Familien aus prekären Verhältnissen zu gestalten, um Möglichkeiten zum Abitur zu schaffen. Er teilt mit, dass es gerade Sinn und Zweck der Verwaltung in den letzten zehn Jahren gewesen sei, diese Möglichkeiten in Angriff zu nehmen. **Herr Saß** entgegnet, dass es nicht nur die Möglichkeit an der Gesamtschule in Zeuthen gebe, das Abitur abzulegen. Es gibt mittlerweile den zweiten Bildungsweg. Des Weiteren wurde die Schule des zweiten Bildungsweges am Oberstufenzentrum geschaffen, als Möglichkeit die Oberschulen zu frequentieren. Diese Möglichkeit war der Verwaltung sehr wichtig, um ein „Ausbluten“ der Oberschulen zu vermeiden. Eine weitere Möglichkeit, das Abitur abzulegen, wurde in Kooperation mit dem Oberstufenzentrum an der Schule für Blinde und Sehbehinderte in Königs Wusterhausen geschaffen. **Herr Saß** bringt zum Ausdruck, dass seitens der Verwaltung bereits viele Übergänge zum Abitur geschaffen worden sind. Seiner Meinung nach kann im Landkreis Dahme-Spree-wald jede/r Schüler/-in zu jedem Zeitpunkt die Schule wechseln, um einen anderen Bildungsgang zu erreichen. Das ist bereits nach Klasse 4, Klasse 6 und Klasse 10 möglich. **Herr Saß** merkt zu den Ausführungen von Herrn Treder-Schmidt bezüglich der Bildungsbreite an, dass die Verwaltung eine Konkurrenz zu den Oberschulen vermeiden möchte. Er ist der Ansicht, dass aber genau das passieren werde, wenn der Landkreis Dahme-Spreewald eine Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe schaffe. **Herr Saß** entgegnet, dass diese Problematik bereits im Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur seitens der Vertreterin des Landesschulamtes, Frau Böhm, verdeutlicht wurde. Frau Böhm gab zu bedenken, dass eine Gesamtschule das Problem der zukünftig erforderlichen Schulplätze für den Bildungsgang der Allgemeinen Hochschulreife eventuell nicht vollumfänglich lösen könnte. Er weist darauf hin, dass das Aufnahmeverfahren für eine Gesamtschule im § 32 der Verordnung über die Bildungsgänge in der Sekundarstufe I (Sekundarstufe I-Verordnung) geregelt sei. Sobald die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität einer Gesamtschule übersteige, werden nur bis zu einem Drittel der Plätze an Schülerinnen und Schüler vergeben, die den Bildungsgang der Allgemeinen Hochschulreife gewählt haben. Die anderen 2/3 werden für die Schüler/-innen, die den Bildungsgang zum Erwerb der Fachoberschulreife und der erweiterten Berufsbildungsreife gewählt haben, freigehalten. **Herr Saß** merkt an, dass auf Grund dieses Sachverhaltes in Zeuthen die Ablehnungen vorgenommen werden. Das heißt, die Ablehnungen werden nicht vorgenommen, weil die Aufnahmekapazität nicht ausreiche, sondern weil es die gesetzliche Drittelregelung gibt. Um die Kapazitäten für das Abitur, die in der Beschlussvorlage erläutert wurden, zu erfüllen, müsse eine Schule errichtet werden, die die dreifache Kapazität habe. Das bedeutet, dass es mit 2/3 in die anderen Bildungsgänge gehe und mit den anderen 2/3 gehe der Landkreis Dahme-Spree-wald in Konkurrenz zu den umliegenden existierenden Oberschulen.

Herrn Treder-Schmidt sind die von Herrn Saß ausgeführten Sachverhalte bekannt. Er möchte Herrn Saß hinsichtlich seiner Ausführungen, dass es viele Angebote gibt, das Abitur abzulegen, nicht widersprechen. Er kann aus eigenen Erfahrungen, da er selbst im zweiten Bildungsgang unterrichtet habe, berichten, dass es aber nicht so einfach sei, von einer zur anderen Schule zu wechseln.

Für den Zweiten Bildungsweg zum Beispiel sind bestimmte Voraussetzungen zu erfüllen. Dort muss man eine dreijährige Berufsausbildung nachweisen oder eine bestimmte Zeit arbeitslos gewesen sein.

Herr Treder-Schmidt bringt zum Ausdruck, dass es keinesfalls möglich sei, von der 10. Klasse direkt in den Zweiten Bildungsweg zu wechseln. Für Herrn Treder-Schmidt ist es schwer zu sagen, ob eine Konkurrenz zur Oberschule bestehen würde. Auf Grund dessen sollen in einer Machbarkeitsstudie diese Sachverhalte geprüft werden. **Herr Treder-Schmidt** führt aus, dass auch einmal auf die Nachbarbundesländer ein Blick geworfen werden sollte; denn dort gibt es diese Drittelregelung nicht.

Herr Dr. Kuttner teilt mit, dass seiner Meinung nach alles Wesentliche von Herrn Saß ausgeführt wurde. Allerdings dürfe nicht vergessen werden, dass es nicht nur staatliche, sondern auch private Schulen im Landkreis Dahme-Spreewald gebe, die das Abitur anbieten. Er berichtet, dass man gerade in Bestensee dabei sei, eine Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe zu installieren. Seines Wissens nach gibt es diese Schulform auch im Evangelischen Gymnasium in Großziechten. **Herr Dr. Kuttner** entgegnet, dass sich die Fraktion CDU/Bauern aus der heutigen Diskussion heraushalten werde. Der Beschlussvorlage wird zugestimmt. Hinsichtlich des Änderungsantrages der Fraktion SPD/Grüne werde sich die Fraktion CDU/Bauern enthalten, da der Änderungsantrag erst einmal mit allem Für und Wider in der Fraktionssitzung besprochen werden muss.

Herr Schulze unterbreitet den Vorschlag, dass die Fraktion SPD/Grüne bis zum nächsten Kreistag noch einmal nachsteuere, wie sie sich die Situation mit der Gesamtschule in Zeuthen hinsichtlich eines Anspruches auf Förderung vorstelle.

Frau Lehmann merkt an, dass die Fraktion SPD/Grüne keine Nachsteuerung hinsichtlich eines finanziellen Aufwandes vornehmen werde, da dieser Punkt, nämlich das 13-jährige Abitur, in der Machbarkeitsstudie untersucht und überprüft werden soll und lehnt den Vorschlag von Herrn Schulze ab.

Herr Schulze habe sich falsch ausgedrückt und teilt mit, dass es im Änderungsantrag der Fraktion SPD/Grüne heiße: „... der Finanzbedarf sowie die Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten untersucht werden.“ Von daher fehle ihm letztendlich nur der Hinweis, wie mit existierenden Gesamtschulen dann umgegangen werden sollte.

Herr Seelig ist dankbar, dass die Fraktion SPD/Grüne diesen Änderungsantrag eingebracht habe und es dazu einen Prüfauftrag geben werde. Die Fraktion DIE LINKE. unterstütze ebenfalls den Änderungsantrag der Fraktion SPD/Grüne.

Landrat Loge ist erfreut, dass bereits zur Beschlussvorlage ein Meinungsaustausch stattgefunden habe. Der Kreisausschuss sollte aber nicht zum Anlass genommen werden, die Beschlussvorlage zu negieren. **Landrat Loge** unterbreitet an die Einreicher des Änderungsantrages den Vorschlag, die Beschlussvorlage abschließend im Kreistag zu behandeln. Er gibt den Hinweis, dass die Beschlussvorlage und der Änderungsantrag an den Kreistag zur Abstimmung weitergeleitet werden.

Herr Wille führt aus, dass man sich darüber einig sei sowohl die Beschlussvorlage als auch den Änderungsantrag der Fraktion SPD/Grüne an den Kreistag weiterzuleiten. Er teilt mit, dass auf der Seite 5 der Beschlussvorlage von einem „möglichen Finanzierungsbedarf auf der Grundlage eines Baupreisindexes für das Jahr 2020“ die Rede sei. **Herr Wille** möchte wissen, ob der Baupreisindex schon bekannt sei?

Landrat Loge übergibt das Wort an Herrn Licht.

Herr Licht macht deutlich, dass es Erfahrungswerte und ganz klare Kennzahlen gibt, wie sich der Baupreisindex in den letzten zehn bis fünfzehn Jahre entwickelt hat. Daraus wird ein Mittelwert gebildet, der hochgerechnet wird. Man kann daher genau ermitteln, wie die Baupreise im Jahr 2020 liegen.

Er weist darauf hin, dass sich die Verwaltung bewusst nicht dafür entschieden habe, in der Beschlussvorlage eine verbindliche Zahl zu formulieren. Es müsse erst einmal geklärt werden, wie der Bedarf sei und in welchem Zeitraum er sich realisieren lasse.

Abstimmung zur Weiterleitung der Beschlussvorlage an den Kreistag:
- einstimmig bestätigt –

Abstimmung zur Weiterleitung des Änderungsantrages der Fraktion SPD/Grüne:

- bei 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Stimmenenthaltungen – mehrheitlich bestätigt -

**TOP 2.3 Fortsetzung der Planung für den Neubau eines Verwaltungskomplexes
des Landkreises Dahme-Spreewald am Standort Behördenzentrum in
Königs Wusterhausen (Jobcenter)**

Landrat Loge macht darauf aufmerksam, dass die Beschlussvorlage im Ausschuss für Bauen und Umwelt (ABU) am 14.03.2016 beraten wurde. Vorbehaltlich der Beratung im Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit bezüglich der finanziellen Auswirkungen haben die Mitglieder des ABU einstimmig die Erweiterung auf eine viergeschossige Variante empfohlen.

Die Vorlage wurde auch im Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit (AFOS) am 17.03.2016 beraten. Die Mitglieder des AFOS haben mehrheitlich empfohlen, die Entscheidung über ein viertes Stockwerk um ein halbes Jahr - auf Grund der bevorstehenden Kreisgebietsreform - zu verschieben.

Im Resümee dieser Meinungen in den verschiedenen Ausschüssen und der individuellen Diskussionen betont **Landrat Loge**, dass die Beschlussvorlage der Verwaltung so bestehen bleibe, wie sie formuliert wurde.

Frau Lehmann erklärt, dass die Mitglieder der Fraktion SPD/Grüne bereits Diskussionen über die Beschlussvorlage geführt haben. Die Fraktion SPD/Grüne vertritt den Standpunkt, wie er in der Beschlussvorlage formuliert wurde, die Variante 2.1 der Vorentwurfsplanung mit einem dreigeschossigen Verwaltungsgebäude, voranzubringen. **Frau Lehmann** merkt an, dass seitens der Fraktion SPD/Grüne auch die Hinweise des Kämmerers betrachtet wurden. Festgestellt wurde, dass der Denkmalschutz nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert habe. Das sei besonders bei der Entkernung des denkmalgeschützten Grundschulgebäudes aufgefallen.

Landrat Loge erwidert, dass der Vorschlag, die alte Schule in die Planung mit einzubeziehen, seine Idee war. Sein Ziel war es, die vorhandene Bausubstanz zu erhalten. Seitens der oberen Denkmalschutzbehörde gibt es Aussagen, dass keine Entkernung möglich sei. **Landrat Loge** hoffe, dass diesbezüglich noch kollegiale Gespräche mit der oberen Denkmalschutzbehörde mit Sitz in Wünsdorf zustande kommen. Er plädiere im Hinblick auf die Finanzen auch für eine dreigeschossige Variante.

Herr Selbitz geht noch einmal auf die Stellungnahme des Kämmerers ein. Im Punkt 2) der Stellungnahme weist Herr Klein darauf hin, dass keine verbindlichen Aussagen seitens des Jobcenters vorliegen, ab dem Jahr 2019 ein Mietverhältnis mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

für die Nutzung des neuen Objektes einzugehen. Des Weiteren fehlen verbindliche Aussagen bezüglich der Höhe des Mietzinses und der möglichen Mietdauer. **Herr Selbitz** möchte von Landrat Loge wissen, ob bis zum Kreistag verbindliche Aussagen getroffen werden können.

Landrat Loge erwidert, dass dazu eine Ergänzungsanlage seitens des Amtes für Gebäude- und Immobilienmanagements zur Kreistagssitzung nachgereicht werde.

Herr Dr. Kuttner gehe doch recht in der Annahme, dass der Empfehlung des Ausschusses für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, eine Entscheidung über ein viertes Stockwerk um ein halbes Jahr zu verschieben, nicht gefolgt werde. Er ist auch der Meinung, ein dreigeschossiges Stockwerk zu planen. Sollte es zu Platzproblemen kommen, schlägt er vor, im Notfall das Straßenverkehrsamt im Fontanecenter zu belassen. Die Fraktion CDU/Bauern wird den Beschlussentwurf, wie er in der Beschlussvorlage formuliert ist, so mittragen.

Landrat Loge gibt bekannt, dass der Landkreis Dahme-Spreewald seit kurzem im Hagebaumarkt in Zeesen Verwaltungseinheiten angemietet habe. Die Räumlichkeiten werden für das Amt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft sowie für das Gesundheitsamt benötigt.

Diese Anmietung sei aber nur vorübergehend, da in der Brückenstraße in Königs Wusterhausen dann wieder ein Geschoss zur Verfügung stehen wird, wenn das Jobcenter in das neue Verwaltungsgebäude umziehen wird. **Landrat Loge** ist informiert, dass die Stadt Königs Wusterhausen an der Gerichtsstraße für den wilden Parkplatz einen Investor habe.

Herr Ludwig merkt an, dass er als Königs Wusterhausener und vormals als für Stadtentwicklung Mitverantwortlicher den Vorschlag von Herrn Dr. Kuttner nachvollziehen könne. Allerdings habe das Bauvorhaben für die Nutzer der Dienstleistungen des Landkreises Dahme-Spreewald den Sinn des Zusammenführens. Derzeit bestehe an vier Standorten die Möglichkeit, Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. **Herr Ludwig** möchte die Berichterstattung aus dem Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit ergänzen. Es ging um die Frage, welchen Raumbedarf die Kreisverwaltung habe. Er war einer derjenigen, die sagten, dass er es nicht wisse, welchen Raumbedarf die Kreisverwaltung habe. Wie groß der Eingriff in die Personalhoheit des Landkreises Dahme-Spreewald sein werde, wolle der Landtag im Juli 2016 entscheiden. Aufgrund dieses Sachverhaltes kam auch die Empfehlung im AFOS, noch ein halbes Jahr abzuwarten. Zur Frage, ob der Landkreis Dahme-Spreewald ein viertes Stockwerk benötigt, habe die Verwaltung deutlich gemacht, wenn ein dreigeschossiges Bauwerk errichtet werde, es wirtschaftlich unververtretbar wäre, ein zusätzliches viertes Stockwerk aufzubringen. **Herr Ludwig** kann aus Sicht des Innenausschusses mitteilen, dass beabsichtigt sei, eine Funktionalreform durchzuführen. Wie groß der Stellenumfang dann bei wie vielen Landkreisen sein werde, sei noch offen. Des Weiteren sei noch nicht klar, wie viele Stellen aus den Landesministerien und Landesbetrieben auf den Landkreis Dahme-Spreewald oder wie auch immer er dann heißen möge, übergehen. Auf Grund dieser Tatsache sei der konkrete Raumbedarf noch offen. Mit der Errichtung des Neubaus des Verwaltungskomplexes am Standort Behördenzentrum in Königs Wusterhausen mit drei Geschossen sei der Landkreis Dahme-Spreewald aus seiner Sicht auf der sicheren Seite.

Landrat Loge stellt an die Abgeordneten aus Königs Wusterhausen die Frage, ob es stimme, dass sich an der Ausschreibung der Fläche in der Gerichtsstraße bezüglich des Areals eines privaten Investors etwas bewege. Könne das bestätigt werden?

Herr Ludwig erklärt, dass der mögliche zusätzliche Raumbedarf für ein zu erweiterndes Amtsgericht durch das Land Brandenburg beabsichtigt sei. Er teile die Sorgen des Amtsgerichtsdirektors. Sollte es zusätzlichen Raumbedarf geben, sei dieser durch das Land Brandenburg abgesichert. **Herr Ludwig** erwidert, dass es seitens des Landes Brandenburg gelungen sei, eine Teilfläche, die früher einmal mit Baracken bebaut war, herauszulösen. Diese Teilfläche soll nicht komplett als Parkplatz errichtet werden, sondern straßenbegleitend zur Gerichtsstraße hergerichtet werden. **Herr Ludwig** bestätigt, dass es für ein jetzt als Parkplatz genutztes

Grundstück, welches ein Baugrundstück ist, bereits Interessenten gibt. Ausführungen dazu könne er aber in der öffentlichen Sitzung nicht machen.

Herr Dr. Kuttner führt aus, dass ihn sowohl Herr Treder-Schmidt als auch Herr Ludwig falsch verstanden haben. Grund des Neubaus eines Verwaltungskomplexes am Standort in Königs Wusterhausen sei eben gerade eine Zusammenführung des Jobcenters.

Herr Dr. Kuttner weist darauf hin, dass sein Hinweis mit dem Straßenverkehrsamt lediglich als Möglichkeit verstanden werden sollte, falls der Bedarf am Standort Behördenzentrum in Königs Wusterhausen nicht ausreichen sollte.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
-einstimmig bestätigt- bei 1 Stimmenthaltung

TOP 2.4 Ausbau von leistungsfähigen Breitbandanschlüssen im Landkreis Dahme-Spreewald

Landrat Loge erklärt, dass es im Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus und im Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit am 17.03.2016 jeweils einstimmige Zustimmungsempfehlungen gegeben hat.

Landrat Loge merkt an, dass er am 14.03.2016 von Herrn Bundesminister Dobrindt für den Landkreis Dahme-Spreewald den Zuwendungsbescheid für Mittel aus dem Bundesförderprogramm in Höhe von 50.000 € für den Breitbandausbau erhalten habe. Diese Fördermittel werden für Beratungsleistungen eingesetzt, um den Breitbandausbau des Landkreises Dahme-Spreewald weiter zu planen sowie das Ausschreibungsverfahren zu begleiten.

Landrat Loge begrüßt den Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH (WfG), Herrn Janßen, der für den Landkreis Dahme-Spreewald bezüglich des Ausbaus von leistungsfähigen Breitbandanschlüssen als Dienstleister fungiere. Herr Janßen stehe für Fragen zur Verfügung.

Herr Ludwig fragt nach, ob es seitens der Kreisausschussmitglieder noch Anfragen an Herrn Halecker für den nichtöffentlichen Teil gebe. Er erklärt, dass Herr Halecker die Sitzung des Kreisausschusses verlassen müsse, da er noch eine Verpflichtung im Ehrenamt habe.

Landrat Loge geht davon aus, sollten sich seitens der Fraktionen des Kreistages noch Fragen an Herrn Halecker ergeben, dass er dann gern bereit ist, diese auch in den jeweiligen Fraktionssitzungen zu beantworten.

Herr Halecker weist darauf hin, dass der Landkreis Oder-Spree beabsichtige, ein Feuerwehrtechnisches Zentrum zu bauen. Dazu stehe heute im Kreistag des Landkreises Oder-Spree der Grundsatzbeschluss auf die Tagesordnung. **Herr Halecker** signalisiert seine Bereitschaft, sollte in den Fraktionen des Kreistages noch Redebedarf bestehen, er sehr gern in diesen Gremien weitere Anfragen beantworten werde. **Herr Halecker** verlässt gegen 18:15 Uhr die Kreisausschuss-Sitzung.

Herr Dr. Kuttner entgegnet, dass die Fraktion CDU/Bauern der Ansicht sei, dass möglichst viele Breitbandanschlüsse im Landkreis Dahme-Spreewald realisiert werden. Er äußert die Bitte, ob es bis zum nächsten Kreistag möglich wäre, eine entsprechende Karte zur Verfügung zu stellen, in der die weißen Flecken erkennbar sind. Die Fraktion CDU/Bauern stelle die Forderung, dass die Gesamtfinanzierung des Landkreises Dahme-Spreewald in Höhe von 3,5 Mio. € für die Haushaltsjahre 2017 bis 2019, wie in der Beschlussvorlage aufgeführt, nicht über-

schritten werde. Abschließend möchte er im Namen der Fraktion CDU/Bauern den Dank an alle Beteiligten, die die Beschlussvorlage auf den Weg gebracht haben, aussprechen.

Landrat Loge ist der Meinung, dass eine entsprechende Karte sowohl im Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus als auch im Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit zur Verfügung stand.

Herr Janßen schildert, dass in den beiden Fachausschüssen die Karte vorgestellt wurde. Es entzieht sich aber seiner Kenntnis, ob diese den Protokollen beigelegt wurde.

In der Kartierung ist die Grundlagenplanung dargestellt. Man müsse eine spezielle Software besitzen, um sich alle Winkel in der Karte anzuschauen. **Herr Janßen** habe die Befürchtung, wenn diese Karte, die die Grundlagenplanung darstellt, relativ breit gestreut werde, dass dann möglicherweise eine Diskussion entfacht werde, der zunächst ein wenig die Fundierung fehle. Er macht deutlich, dass in einem zweiten Schritt - sollte der Landkreis Dahme-Spreewald Zuwendungsempfänger seitens der Bundes und des Landes werden - es dann eine Ausführungsplanung geben werde, bei der im Detail noch Modifikationen vorgenommen werden.

Herr Loge unterstreicht, dass nicht der Eindruck entstehen darf, dass der Landkreis Dahme-Spreewald irgendwelche Informationen anderen gegenüber vorenthalten will. Er stellt fest, dass eine Ausführungsplanung noch gewisse Kapazitäten bringe, bei der entsprechende Reserven bzw. entsprechender Mehrbedarf ergänzt werden könne.

Herr Ludwig macht darauf aufmerksam, dass die Fraktion DIE LINKE. das Vorgehen unterstützen werde. Er verweist auf den Vortrag von Herrn Dr. Kuttner, der ihn ein wenig überrascht habe. **Herr Ludwig** nimmt auf die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit Bezug und teilt mit, dass man sich dort auch mit den Vertretern der Fraktion CDU/Bauern einig war, sollten höhere Kosten auf den Landkreis Dahme-Spreewald zukommen, dass zunächst der Landkreis Dahme-Spreewald weiter vorangebracht und Umschichtungen im Haushaltsplan vorgenommen werden. **Herr Ludwig** teilt ergänzend mit, dass der Wirtschaftsausschuss des Landtages Brandenburg eine Anhörung bezüglich des Breitbandausbaues durchgeführt habe. Der Landkreis Dahme-Spreewald ist einer der wenigen Landkreise, deren Planung so weit vorangeschritten ist, dass eine Förderung beantragt werden könne. Er bedankt sich ebenfalls bei allen Beteiligten, die am Ausbau von leistungsfähigen Breitbandanschlüssen im Landkreis Dahme-Spreewald mitgewirkt haben.

Herr Treder-Schmidt spricht im Namen der Fraktion SPD/Grüne seinen Dank an alle Beteiligten aus. Es ist eine bemerkenswerte Leistung, die die Verwaltung des Landkreises Dahme-Spreewald vollbracht habe. **Herr Treder-Schmidt** könne den Aussagen von Herrn Dr. Kuttner keinesfalls folgen, in Sachen Breitbandanschlüsse irgendwelche Deckelungen vorzunehmen und er appelliere, diesem Vorschlag nicht zu folgen.

Frau Lehmann schließt sich den Ausführungen von Herrn Treder-Schmidt an. Sie berichtet, dass der Schwerpunkt bei mindestens 95 % aller Haushalte im Landkreis Dahme-Spreewald liege. **Frau Lehmann** macht deutlich, dass es Ziel sein muss, diesen auch zu erreichen. Sie führt zur Einlassung von Herrn Janßen aus und möchte wissen, wie die Kommunen und insbesondere die Bürgermeister auf diesem Weg begleitet werden. Die Bürgermeisterin der Gemeinde Märkische Heide habe sie angesprochen und mitgeteilt, dass auf der besagten Karte für die Gemeinde nur zwei Punkte aufgeführt sind. Daraus könne sie sich keine 95 % -ige Abdeckung für ihre Gemeinde vorstellen.

Herr Starke führt zur Einlassung von Herrn Dr. Kuttner, was die 3,5 Mio. € anbelangt aus, dass er das durchaus nachvollziehen könne. Er gehe zunächst davon aus, dass diese Summe reichen werde. Sollte es wider Erwarten teurer werden, wird der Kreistag entsprechend einbezogen.

Herr Starke schildert hinsichtlich der Karte, dass diese in beiden Fachausschüssen vorgelegen habe. Er schlägt vor, über das Büro des Kreistages zu veranlassen, dass die Karte nicht erst

mit dem Protokoll versandt wird. **Herr Starke** weist ausdrücklich darauf hin, so wie es Herr Janßen bereits ausgeführt habe, dass die Karte aber nur eine Grobrichtung darstelle. In der Karte ist die geplante Verteilung der Kabelverzweiger (KVZ) dargestellt.

Herr Selbitz befürwortet seitens der Fraktion UBL/Wir für KW ebenfalls eine 95 %ige Abdeckung des Landkreises Dahme-Spreewald hinsichtlich des Ausbaues von leistungsfähigen Breitbandanschlüssen. Er spricht dem Geschäftsführer der WfG mbH, Herrn Janßen und allen anderen Beteiligten seinen Dank für das Ergebnis aus.

Herr Selbitz führt aus, dass er vor Ort in Schwarzenburg die Diskussionen mit den Bürgern führte. Er stellt an Herrn Janßen die Frage, wie er die Situation in Schwarzenburg und in anderen Orten des Landkreises Dahme-Spreewald sehe, die nicht bei den 95 % enthalten sind. **Herrn Selbitz** gehe es um die restlichen 5 % im Landkreis Dahme-Spreewald.

Herr Strasen stimmt namens der AfD-Fraktion der Beschlussvorlage vollumfänglich zu. Des Weiteren schließe sich die AfD-Fraktion inhaltlich den Ausführungen von Herrn Treder-Schmidt und Herrn Ludwig an. **Herr Strasen** berichtet, dass die Deckelung nicht primär gesehen werde. Er bringt zum Ausdruck, dass die vollumfassende Versorgung der Bürger des Landkreises Dahme-Spreewald das Ziel sein sollte.

Herr Janßen erläutert auf Nachfrage von Frau Lehmann zur Gemeinde Märkische Heide, dass dort 20 zusätzliche KVZ geschaffen werden. Daraus schließe er, dass die Gemeinde Märkische Heide mit diesen zusätzlichen KVZ ausreichend versorgt sei.

Zur Frage der grundsätzlichen Einbindung der Amtsdirektoren und Bürgermeister berichtet **Herr Janßen**, dass diese in die Planung mit einbezogen wurden. Das war **Herrn Janßen** ein Bedürfnis, da den Amtsdirektoren und Bürgermeister/-innen die Ortskenntnisse vollumfänglich bekannt sind. Die Kommunen des Landkreises Dahme-Spreewald wurden alle vor Ort aufgesucht. Abstimmungsgespräche, Zwischen- und Endgespräche haben stattgefunden. Seitens einiger Kommunen gab es Sonderwünsche, bestimmte Standorte zu beleuchten. Zu diesen Sonderwünschen habe es zunächst gesonderte Abstimmungsgespräche gegeben. **Herr Janßen** vertritt den Standpunkt, dass das Zusammenspiel zwischen dem Landkreis Dahme-Spreewald, den Kommunen und der WfG hervorragend gemeistert worden ist. Er möchte sich an dieser Stelle bei den Kommunen für die Zusammenarbeit recht herzlich bedanken.

Herr Janßen führt zu den Anmerkungen von Herrn Selbitz aus, dass er sich zunächst einmal für das Lob einer 95 %igen Realisierung für den Landkreis Dahme-Spreewald bedanken möchte. Zur Frage der Realisierung einer 100 %igen Versorgung berichtet er, dass das eine Frage des Geldes sei. Die Kosten verzehnfachen sich dann von durchschnittlich 680,00 € pro Haushalt auf 6800,00 €. **Herr Janßen** schildert, dass es mittlerweile auch Breitbandmöglichkeiten über Satelliten-Kommunikation gebe, die bezahlbar sind. Die monatlichen Kosten belaufen sich auf ca. 50,00 €.

Herr Dr. Kuttner stellt klar, dass er auch zu diesem Tagesordnungspunkt seitens der anwesenden Abgeordneten anscheinend falsch verstanden wurde. Mit seinen Ausführungen wollte er das, was Herr Dr. Janßen berichtet habe, ausdrücken. **Herr Dr. Kuttner** hebt nochmals hervor, dass die Fraktion CDU/Bauern für einen 95 %igen Ausbau sei. Für diesen Ausbau stehen 3,5 Mio. € zur Verfügung. Jede Förderung seitens des Bundes und des Landes sollte in Anspruch genommen werden. **Herr Dr. Kuttner** habe sich einzig und allein in seinen Ausführungen auf die Beschlussvorlage bezogen.

Landrat Loge stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht.

Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:

- einstimmig bestätigt -

**TOP 2.5 Bevollmächtigung des Landrates zur Unterzeichnung der Kreuzungsver-
einbarung des Ersatzneubaus einer Straßenüberführung (Brücke) im Ver-
lauf der K 6132 in Wehnsdorf**

Landrat Loge berichtet einführend, dass sowohl der Ausschuss für Bauen und Umwelt am 14.03.2016 als auch der Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit am 17.03.2016 einstimmige Zustimmungsempfehlungen abgegeben haben.

Herr Dr. Kuttner hat eine Anfrage zu den Kostenangeboten, die in der Anlage aufgeführt sind. Diese Kostenangebote sind vor ca. 3 bis 4 Jahren erstellt worden. Aufgrund dieses Sachverhaltes möchte er wissen, ob überhaupt noch von diesen Kostenangeboten ausgegangen werden könne oder evtl. aktualisierte Kostenschätzungen vorgenommen werden müssen.

Herr Licht, Amtsleiter des Amtes für Gebäude- und Immobilienmanagement, kann für den Landkreis Dahme-Spreewald eine positive Information geben. Zum einen liege die Bau-trägerschaft bei der DB Netz AG. Seitens des Landkreises Dahme-Spreewald sei nur eine in-direkte Einflussnahme möglich. Die Ausschreibung für das gesamte Los, die über insgesamt 10 Bahnübergänge erfolgte, sei durchgeführt worden. Bei der Submission und der bereits erfolgten Vergabe habe sich gezeigt, dass der damals von der Deutschen Bahn und dem Landkreis Dahme-Spreewald akzeptierte Kostenrahmen eingehalten wurde. Eine entsprechende schriftliche Bestätigung ist dem Landkreis Dahme-Spreewald Anfang März 2016 zugegangen.

Herr Schulze stellt eine Nachfrage an Herrn Licht. Er gehe bei der Ausschreibung der zehn Bahnübergänge davon aus, dass die Bahnübergänge der Gemeinde Heideblick dort mit be-rücksichtigt wurden. **Herr Schulze** berichtet, dass der Presse entnommen werden konnte, dass die Gemeinde Heideblick momentan die Unterzeichnung des Vertrages aufgrund einer Kosten-erhöhung zurückgestellt habe. Er möchte von Herrn Licht wissen, ob ihm darüber Informationen vorliegen.

Herr Licht unterstreicht, dass die Bahnquerung des Landkreises Dahme-Spreewald im Kosten-rahmen liege. Es gebe zwei Bahnquerungen, bei denen die Kosten darunter liegen. Des Weiteren gebe es aber auch Bahnquerungen, bei denen es zu Kostenerhöhungen gekommen sei.

Es besteht kein weiterer Redebedarf.

**Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig –**

Landrat Loge gibt den Hinweis, dass Herr Licht ihn informiert habe, dass die Arbeitsgruppe für die kreuzungsfreie Bahnquerung in Eichwalde die Vorarbeiten beendet hat. Als Nächstes stehen die Dokumentation und die Befassung in den einzelnen Gremien an.

**TOP 2.6 Satzung des Landkreises Dahme-Spreewald über die Nutzung von Ein-
richtungen der vorläufigen Unterbringung durch Personen, die aufgrund
einer Änderung ihres ausländerrechtlichen Status nicht mehr vom Gel-
tungsbereich des Landesaufnahmegesetzes des Landes Brandenburg
erfasst werden**

Landrat Loge macht darauf aufmerksam, dass die Beschlussvorlage in ihrer inhaltlichen Be-schreibung seiner Meinung nach gut nachvollziehbar ist. Er stellt fest, dass die Vorlage im Ge-sundheits- und Sozialausschuss leider nur zur Kenntnis genommen werden konnte, da der Aus-schuss nicht beschlussfähig war.

Herr Loge verweist darauf, dass es im Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Si-cherheit mit einer Nein-Stimme eine mehrheitliche Zustimmungsempfehlung gegeben hat.

Herr Selbitz hat im Gesundheits- und Sozialausschuss eine Frage gestellt, die nicht beantwortet werden konnte. Er geht davon aus, dass spätestens zum Kreistag eine Beantwortung erfolge. Er bezieht sich auf den letzten Satz der Erläuterung, der da heißt: „Es wird darauf hingewiesen, dass der sich im Zusammenhang mit der Satzung ergebende Arbeitsmehraufwand nicht durch den aktuellen Stellenplan abgedeckt ist“. **Herr Selbitz** macht darauf aufmerksam, dass im Gesundheits- und Sozialausschuss dazu zwei Szenarien entwickelt wurden, bei denen unterschiedliche Auffassungen in der Verwaltung durch den zuständigen Beigeordneten und Dezernenten signalisiert wurden.

Der Personalmehraufwand könne einerseits durch personelle Umstrukturierungen innerhalb der Kreisverwaltung abgedeckt werden andererseits bestehe die Möglichkeit, zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen. **Herr Selbitz** möchte wissen, zu welcher Lösung die Verwaltung gekommen ist.

Landrat Loge teilt mit, dass er aufgrund der Flüchtlingsbewegung im Jahr 2016 dazu noch keine eindeutigen Informationen geben kann. Gehe man von dem gegenwärtigen Personalmehrbedarf, den die Abgeordneten des Kreistages über befristete Einstellungen der Verwaltung zugestanden haben, aus, dann könnte man mit dieser Möglichkeit kalkulieren, dass der bestehende Personalmehrbedarf ausreiche. **Landrat Loge** geht aber davon aus, dass dem nicht so sei. Es sei denn, ein externer Dienstleister überzeuge die Verwaltung. Er entgegnet, dass eine Stellenplanerweiterung möglich wäre, die aber abhängig von einer gegenwärtigen bzw. zukünftigen Entwicklung der Gesamtproblematik ist.

Herr Selbitz könne die Ausführungen von Landrat Loge nachvollziehen. Er wünscht sich aber bis zum nächsten Kreistag von Landrat Loge eine eindeutige Aussage. Zur vorliegenden Beschlussvorlage merkt er seitens der Fraktion UBL/Wir für KW an, dass zur jetzigen Flüchtlingssituation, was die Belegung der Flüchtlingsheime angehe, ein sinnvoller und gangbarer Weg eingeschlagen wurde. Die Aussagen, die im Gesundheits- und Sozialausschuss dazu getroffen wurden, seien nachvollziehbar. Es mache keinen Sinn, über einen längeren Zeitraum freie Kapazitäten vorzuhalten, die nicht benötigt werden. **Herr Selbitz** weist darauf hin, dass der Landkreis Dahme-Spreewald aufgrund der gesunkenen Zahl ankommender Flüchtlinge diese Kosten selbst zu tragen habe. Es werde einzig und allein der Kreishaushalt belastet, da diese Kosten durch das Land Brandenburg nicht refinanziert werden. Er findet die Erstellung einer Satzung des Landkreises Dahme-Spreewald sehr gut. So haben die Ämter und Gemeinden ein wenig Zeit, um auf die Situation reagieren zu können. Die Situation gestalte sich momentan sehr schwierig, da nicht genügend Wohnraum zur Verfügung stehe. Auch für die wohnungssuchenden Flüchtlinge bleibe ein längerer Zeitraum, um sich in ihrem Leben bzw. ihrer künftigen Umgebung neu zu orientieren. Die Fraktion UBL/Wir für KW stimmt der Beschlussvorlage zu.

Landrat Loge merkt an, dass er zum Kreistag auch keine andere inhaltliche Antwort geben könne.

Frau Lehmann entgegnet, dass die Fraktion SPD/Grüne ebenfalls die Beschlussvorlage unterstütze. Sie bezieht sich auf die Ausführungen, die Herr Selbitz bereits angesprochen hat bezüglich des letzten Satzes der Erläuterung in der Beschlussvorlage und bezeichnet diese Bemerkung seitens der Verwaltung als unangebracht. **Frau Lehmann** konkretisiert ihre Aussage und führt aus, dass seitens der Fraktion SPD/Grüne der letzte Satz so verstanden werde, dass die Satzung nicht umgesetzt werden könne, da das benötigte Personal nicht zur Verfügung stehe. Sie weist darauf hin, dass man das nächste Mal verständlicher formulieren und den Abgeordneten vor allem einen Lösungsvorschlag unterbreiten sollte. **Frau Lehmann** regt an, die Satzung nochmals mit dem Jobcenter abzustimmen.

Landrat Loge teilt mit, dass die Satzung bereits mit dem Jobcenter abgestimmt wurde. Er werde aber beim morgigen Termin mit dem Jobcenter nochmals die Gelegenheit nutzen, um den Sachverhalt anzusprechen.

Herr Loge informiert, dass in diesem Jahr im Übrigen bereits über 500 Flüchtlinge aufgenommen wurden. Die gegenwärtige Unterbringung belaufe sich auf ca. 2.200 Flüchtlinge. Der Zuzug wird ein wenig durch den Wegzug relativiert.

Herr Wille erlaubt sich die Bemerkung, dass es vom Ansatz her der richtige Weg sei. Es ist eine Gesetzeslage, die in die Praxis umgesetzt werden müsse. Er habe ein wenig Sorge, inwieweit die angedachten Regelungen praktikabel sind. In der heutigen Sitzung wurde bereits die Wohnungssituation im Landkreis Dahme-Spreewald angesprochen. **Herr Wille** fordert die Verwaltung auf, dass sie versuchen sollte, die Satzung weitgehend umzusetzen. Er weist darauf hin, dass die Praktizierung, vor allem des § 5 Auszugsverpflichtung, seitens der Verwaltung nicht so einfach werden wird. **Herr Wille** teilt mit, dass dann versucht werden müsse, das gemeinsam durchzustehen.

Landrat Loge entgegnet in diesem Zusammenhang, dass er heute ein Gespräch mit der Bürgerinitiative „Mensch Luckau“ hatte. Diese Bürgerinitiative habe ihn sehr fasziniert. Seitens des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) wurde ausgeführt, dass mittlerweile auch die Flüchtlinge in den ländlichen Räumen eine Identität suchen und auch finden. Wichtig erscheine ihm, dass die Städte und Gemeinden sich anschließen; denn eine Konsequenz wäre die Obdachlosigkeit, wenn nicht reagiert werde.

Herr Treder-Schmidt bezieht sich auf die Residenzpflicht. Diese stehe an und er begrüße sie außerordentlich. Das eröffne den Ämtern und Gemeinden die Möglichkeit, entsprechenden Wohnraum herzurichten.

Landrat Loge teilt mit, dass er heute durch Herrn Starke von den Sorgen einiger Unternehmen im Landkreis Dahme-Spreewald informiert wurde. Unter der Maßgabe des Mindestlohnes herrsche in vielen Branchen ein Arbeitskräftemangel.

Herr Dr. Kuttner entgegnet, dass die Fraktion CDU/Bauern die Beschlussvorlage hervorragend finde und zwar aus dem Grund, dass den Kommunen, die ganz bewusst aktiv und positiv in Erscheinung getreten sind, ein gewisser Zeitraum eingeräumt werde.

Herr Strasen merkt an, dass die AfD-Fraktion die Beschlussvorlage ablehnen werde und zwar aus folgendem Grund: Die AfD-Fraktion vertrete den Standpunkt, dass die Zuständigkeit der Kostentragung nicht beim Landkreis Dahme-Spreewald liege. Der Landkreis Dahme-Spreewald könne keinen finanziellen Ausgleich, für den der Bund zuständig ist, vornehmen. Es wurde bereits des Öfteren diskutiert, dass die Gemeinschaftsunterkünfte aufgrund der unzureichenden Lebensdauer viel zu kostenaufwendig seien.

Landrat Loge führt aus, dass kein weiterer Redebedarf besteht.

Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
– mehrheitlich bestätigt - bei 1 Nein-Stimme

TOP 2.7 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und dem Landkreis Dahme-Spreewald über die Sicherstellung der rettungsdienstlichen Versorgung

Landrat Loge weist darauf hin, dass der Landkreis Teltow-Fläming eine Änderung der Vereinbarung übersandt habe. Tatsächlich habe sich nur die Unterschrift auf der Vereinbarung geändert. Statt Herrn Dornquast wird nun Frau Gurske als Erste Beigeordnete die Vereinbarung unterschreiben. Die Vorlage ist ansonsten inhaltlich mit unserer abgestimmt und identisch. Er bittet, die Änderung handschriftlich vorzunehmen.

Der Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit hat am 17.03.2016 eine einstimmige Zustimmungsempfehlung gegeben.

Es besteht kein Redebedarf.

Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt –

TOP 2.8 Petition zur Überprüfung der Genehmigung der Errichtung von Windkraftanlagen in Königs Wusterhausen OT Wernsdorf (Waldgebiet Uckley)

Landrat Loge teilt einleitend mit, dass er von einem bestimmten Vertreter aufgefordert wurde, eine Vorortprüfung durchzuführen, ob bauordnungsrechtlich und naturschutzrechtlich in diesem Verfahren alles ordnungsgemäß erfolgt sei. Er kann berichten, dass der Petent kontinuierlich laufende Eingangsbestätigungen erhalten habe. Der Arbeitsaufwand für die Verwaltung in diesem Fall war sehr bürgernah und lohnend. **Landrat Loge** führt aus, dass in dem Waldgebiet Uckley vormals vorgesehen war, weit über 43 Windkraftanlagen gemäß dem sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung zu installieren. Jetzt liege die Zahl bei 14 Windkraftanlagen.

Herr Treder-Schmidt informiert, dass er als Vertreter des Landkreises Dahme-Spreewald im Regionalrat der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald sei. Die Belange wurden in diesem Gremium mit äußerster Sorgfalt geprüft. Herr Maluszczyk, Leiter der Regionalen Planungsstelle, habe in der Anlage 2 ausführliche Erläuterungen zur Petition vorgenommen.

Es besteht kein Redebedarf.

Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
– einstimmig bestätigt - bei 1 Stimmenthaltung

TOP 2.9 Antrag der Fraktion UBL/Wir für KW zur Erstellung einer Informationsvorlage zur strategischen Entwicklung der Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH (ELS GmbH) und dem Beitrag des Landkreises Dahme-Spreewald

Herr Selbitz bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Dr. Kuttner aus dem Protokoll der letzten Sitzung des Kreisausschusses am 24.02.2016, Seite 14, Tagesordnungspunkt 6.1 Informationen aus den Gesellschaften, Verbänden und Vereinen des Landkreises Dahme-Spreewald zur Problematik Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH. Herr Dr. Kuttner bezog sich im Kreisausschuss auf die bevorstehende gemeinsame Sitzung der Gesellschafter und des Aufsichtsrates der ELS GmbH. **Herr Selbitz** teilt mit, dass diese gemeinsame Sitzung der Gesellschafter und des Aufsichtsrates der ELS GmbH am 14.03.2016 im Verwaltungsgebäude der Kreisverwaltung Dahme-Spreewald zur Thematik „Regionalentwicklung in der Lausitz vor dem Hintergrund des Strukturwandels und den damit verbundenen Herausforderungen – zukünftige Ausrichtung der Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH mit Fokus auf die Zusammenarbeit zwischen der Energieregion Lausitz und den sächsischen Landkreisen Bautzen und Görlitz“ stattfand und besprochen wurde. Im Ergebnis der Diskussion wurde durch die Gesellschafter und den Aufsichtsrat der ELS GmbH empfohlen – im Vorfeld einer weiteren Diskussion – während der nächsten gemeinsamen Sitzung der Gesellschafter und des Aufsichtsrates der ELS GmbH, die am 15.09.2016 stattfinden wird, die Diskussionen in den Gebietskörperschaften der Gesellschafter, das sind die vier Landkreise Spree-Neiße, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz und Dahme-Spreewald sowie die Stadt Cottbus, mit dem Ziel zu führen, die strategische Entwicklung der ELS GmbH durch die jeweiligen politisch verantwortlichen Gremien zu besprechen und zu hinterfragen, wie die künftige Ausrichtung der Energieregion Lausitz-Spreewald - auch unter dem vorgesehenen Hintergrund mit den sächsischen Landkreisen - aussehen soll. Aufgrund dieses Sachverhaltes bittet die Fraktion UBL/Wir für KW um die Erstellung einer Informationsvorlage, in der alle vorliegenden Fakten und Entwicklungen gebündelt aufgeführt werden. Im Kreistag am 20.07.2016 könne dann eine Diskussion geführt werden. Das Ergebnis werde dann durch die Vertreter des Landkreises Dahme-Spreewald in den entsprechenden Gremien der ELS GmbH vertreten.

Herr Wille erklärt, dass die Fraktion SPD/Grüne den Antrag der Fraktion UBL/Wir für KW unterstütze. Es zeichne sich eine andere Entwicklung im Bereich der Energieregion mit den südlichen Landkreisen und der Stadt Cottbus mit dem Ziel - Teile Sachsens mit einzubeziehen - ab. Es gibt die Innovationsregion Lausitz, die gesamtpolitisch durchaus für die Entwicklung der Lausitz stützenswert ist. Soweit er informiert ist, wird das seitens des Landes Brandenburg auch unterstützt. Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen, sehe die Fraktion SPD/Grüne nicht vorrangig die Bedeutung für den Landkreis Dahme-Spreewald, im jetzigen Konstrukt der Energieregion Lausitz-Spreewald mitzuwirken. **Herr Wille** vertritt den Standpunkt, dass bereits jetzt die strategischen Diskussionen geführt werden sollten. In der Informationsvorlage, die dem Kreistag dann am 20.07.2016 vorgelegt werde, sollten dann alle wichtigen Informationen enthalten sein. Sie stelle für die Vertreter des Landkreises Dahme-Spreewald in den Gremien der Energieregion eine Unterstützung dar. Die Fraktion SPD/Grüne signalisiert zum Antrag der Fraktion UBL/Wir für KW ihre Zustimmung.

Herr Dr. Kuttner begrüßt namens der Fraktion CDU/Bauern den Antrag der Fraktion UBL/Wir für KW und signalisiert seine Zustimmung. Er möchte eine kleine Korrektur zur Innovationsregion Lausitz vornehmen. **Herr Dr. Kuttner** führt aus, dass die Landkreise damit nichts zu tun haben. Die Innovationsregion Lausitz sei eine Gesellschaft, die mit knapp 900 T€ für drei Jahre ausgerichtet sei. Gesellschafter sind die Industrie- und Handelskammer Cottbus (IHK), die Handwerkskammer Cottbus (HWK), die Brandenburgische Universität Cottbus-Senftenberg (BTU), die Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin und Brandenburg e. V. (UVB) sowie die Wirtschaftsinitiative e. V (WiL). Er betont, dass die Stadt Cottbus kein Gesellschafter sei. Der Oberbürgermeister der Stadt Cottbus, Herr Kelch, ist als Gesellschaftsvertreter der Energieregion Lausitz-Spreewald dort im Beirat der Innovationsregion Lausitz vertreten und fungiere als Kontaktperson zwischen der Innovationsregion Lausitz und der Energieregion Lausitz-Spreewald. **Herr Dr. Kuttner** merkt an, dass das Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg keinerlei finanzielle Unterstützung der Innovationsregion Lausitz leiste.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag, dem Antrag zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -

TOP 3. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

Es liegen keine Dringlichkeitsvorlagen/-anträge vor.

TOP 4. Ggf. Genehmigung von Dienstreisen

Genehmigung einer Dienstreise nach Berlin

Landrat Loge informiert, dass der Kreissenorenbeauftragte, Herr Grunert, am 02.03.2016 die Genehmigung einer Dienstreise am 25.11.2015 zur Tagung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen nach Berlin beantragt hat.

Abstimmung: - einstimmig bestätigt –
Beschl. Nr. KA Dienstreise Herr Grunert am 25.11.2015 nach Berlin

Der Kreisausschuss genehmigt nachträglich die Dienstreise von Herrn Grunert am 25.11.2015 nach Berlin zur Tagung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO).

Genehmigung einer Dienstreise nach Berlin

Landrat Loge teilt mit, dass Herr Selbitz am 08.03.2016 die Genehmigung einer Dienstreise am 11.03.2016 zur Internationalen Tourismusbörse (ITB) – Vorstellung Landestourismuskonzeption Brandenburg „Wir machen Lust auf Land“ nach Berlin beantragt hat.

**Abstimmung: - bei 1 Stimmenthaltung einstimmig bestätigt –
Beschl. Nr. KA Dienstreise Herr Selbitz am 11.03.2016 nach Berlin**

Der Kreisausschuss genehmigt nachträglich die Dienstreise von Herrn Selbitz am 11.03.2016 nach Berlin zur Vorstellung der Landestourismuskonzeption BB „Wir machen Lust auf Land“ auf der Internationalen Tourismusbörse.

Genehmigung einer Dienstreise nach Berlin

Landrat Loge berichtet, dass Herr Dr. Kuttner am 08.03.2016 die Genehmigung einer Dienstreise am 10.03.2016 zur Internationalen Tourismusbörse zum Besuch des Tourismusverbandes Dahme-Seen e. V. nach Berlin beantragt hat.

**Abstimmung: - einstimmig bestätigt –
Beschl. Nr. KA Dienstreise Herr Dr. Kuttner am 10.03.2016 nach Berlin**

Der Kreisausschuss genehmigt nachträglich die Dienstreise von Herrn Dr. Kuttner am 10.03.2016 nach Berlin zum Tourismusverband Dahme-Seen e. V. auf der Internationalen Tourismusbörse.

Genehmigung von Dienstreisen nach Elsterwerda

Landrat Loge erklärt, dass Herr Selbitz am 18.03.2016 die Genehmigung einer Dienstreise zur Fachkonferenz am 24.05.2016 in den jeweiligen Planungsregionen „VBB im Dialog 2016 – Region Südbrandenburg-Lausitz“ nach Elsterwerda beantragt hat.

Herr Treder-Schmidt beantragt ebenfalls die Genehmigung einer Dienstreise zur Fachkonferenz am 24.05.2016 in den jeweiligen Planungsregionen „VBB im Dialog 2016 – Region Südbrandenburg-Lausitz“ nach Elsterwerda.

**Abstimmung: - bei 1 Stimmenthaltung einstimmig bestätigt –
Beschl. Nr. KA Dienstreise Herr Selbitz und Herr Treder-Schmidt am 24.05.2016 nach Elsterwerda**

Der Kreisausschuss genehmigt die Dienstreise von Herrn Selbitz und Herrn Treder-Schmidt am 24.05.2016 nach Elsterwerda zur Fachkonferenz in den jeweiligen Planungsregionen VBB im Dialog 2016 Region Südbrandenburg-Lausitz.

Herr Loge führt im Übrigen aus, dass es am 13.04.2016 einen Termin mit der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH und der Deutschen Bahn (DB) Netz AG und den betroffenen Bürgermeistern zur Thematik Fahrplanänderungen im Rahmen des Schienenersatzverkehrs der Strecke Dresden-Berlin geben wird. Über das Ergebnis wird er im nächsten Kreistag am 15.06.2016 berichten.

Genehmigung einer Dienstreise nach Berlin

Landrat Loge erläutert, dass Herr Dr. Kuttner am 18.03.2016 eine Dienstreise am 18.01.2016 zum Brandenburg-Abend auf der Internationalen Grünen Woche nach Berlin beantragt hat.

**Abstimmung: - einstimmig bestätigt –
Beschl. Nr. KA Dienstreise Herr Dr. Kuttner am 18.01.2016 nach Berlin**

Der Kreisausschuss genehmigt nachträglich die Dienstreise von Herrn Dr. Kuttner am 18.01.2016 nach Berlin zum Brandenburg-Abend auf der Internationalen Grünen Woche.

Genehmigung einer Dienstreise nach Berlin

Landrat Loge weist darauf hin, dass Herr Dr. Kuttner am 18.03.2016 eine Dienstreise am 20.01.2016 zum Spreewaldtag (Einladung seitens des Tourismusverbandes Dahme-Seen e. V.) auf der Internationalen Grünen Woche nach Berlin beantragt hat.

Abstimmung: - einstimmig bestätigt –

Beschl. Nr. KA Dienstreise Herr Dr. Kuttner am 20.01.2016 nach Berlin

Der Kreisausschuss genehmigt nachträglich die Dienstreise von Herrn Dr. Kuttner am 20.01.2016 nach Berlin zum Spreewaldtag auf der Internationalen Grünen Woche.

TOP 5. Ggf. Informationen aus den Gesellschaften

TOP 5.1 Informationen aus den Gesellschaften, Verbänden und Vereinen des Landkreises Dahme-Spreewald

Herr Selbitz bezieht sich auf die von Landrat Loge gemachten Ausführungen zum Termin der Fahrplanänderungen Schienenersatzverkehr mit der VBB GmbH, der DB-Netz AG und den betroffenen Bürgermeistern. Er stellt an Landrat Loge die Frage, ob dieser Termin einzig und allein auf die Bürgermeister und Amtsdirektoren beschränkt sei oder ob die Möglichkeit bestehe, dass an diesem Termin auch die Abgeordneten des Kreistages teilnehmen können.

Landrat Loge stellt klar, dass der Termin erst einmal nur für die Verwaltung bestimmt sei. Er bekräftigt, dass er zusätzlich den Bürgermeister der Stadt Lübben gebeten habe, den Termin wahrzunehmen. Durch den Schienenersatzverkehr wird am Bahnhof in Lübben ein sehr hoher zusätzlicher Bedarf an PKW-Stellplätzen pro Tag benötigt. **Landrat Loge** rechne mit zusätzlich ca. 400 PKWs pro Tag.

Energieregion Lausitz-Spreewald mbH (ELS)

Herr Selbitz habe eine weitere Anfrage zur Energieregion Lausitz-Spreewald mbH (ELS). Er führt aus, dass die Sitzung des Forums Infrastruktur am 15.04.2016 abgesagt wurde. **Herr Selbitz** möchte wissen, ob ein Ersatztermin avisiert ist.

Landrat Loge berichtet, dass er als Leiter des Forums Infrastruktur der Energieregion Lausitz-Spreewald veranlasst habe, diesen Termin abzusagen. Es war seitens der Landesverwaltung nicht möglich, einen Vertreter zur Sitzung zu entsenden. Er teilt mit, dass die nächste Sitzung des Forums Infrastruktur der Energieregion Lausitz-Spreewald am 18.05.2016 stattfinden wird.

Tourismusverband Spreewald e. V.

Herr Selbitz legt dar, dass seine Dienstreise zur Internationalen Tourismusbörse, Vorstellung der Landestourismuskonzeption Brandenburg „Wir machen Lust auf Land“ genehmigt wurde. Er berichtet, dass aus den dortigen Ausführungen und aus dem Inhalt in der Landestourismuskonzeption Brandenburg „Wir machen Lust auf Land“ nachfolgender Satz in der Informationsvorlage auf der Seite 3, Punkt 7., 2. Absatz, Satz 2 nicht korrekt formuliert sei: „Die Konzeption definiert die strategischen Rahmenbedingungen sowie Ziele und Handlungsfelder, mit denen in den kommenden Jahren touristische Aktivitäten auf allen Ebenen – in Unternehmen ebenso wie in Städten und Gemeinden sowie Organisationen – angestoßen werden können.“ **Herr Selbitz** führt aus, dass sich die Landestourismuskonzeption ganz bewusst nur auf das Land Branden-

burg und eben nicht auf die Städte und Gemeinden beschränke. Das wurde bei der Vorstellung der Konzeption auf der ITB mehrfach betont. Die Städte und Gemeinden können diese Landestourismuskonzeption als Muster verwenden und auf ihre entsprechenden Tourismusgebiete anpassen. **Herr Selbitz** möchte erläutern bekommen, wie der Landkreis Dahme-Spreewald die Konzeption, insbesondere in den Tourismuszentren, umsetzen wird.

Tourismusverband Dahme-Seen e. V.

Herr Selbitz vermisste in diesem Bereich Ausführungen zur Tourismusregion Niederlausitzer Landrücken mit der Stadt Luckau und der Gemeinde Heideblick, die ebenfalls zum Landkreis Dahme-Spreewald gehöre. Zukünftig sollte auch diese Tourismusregion Berücksichtigung finden; denn sie ist ebenfalls ein sehr interessantes touristisches Gebiet.

Herr Starke erklärt, dass sich der nächste Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus dem Thema „Tourismus“ widmen werde. Es ist vorgesehen, Herrn Dr. Zimmer von der Tourismus Marketing Brandenburg GmbH einzuladen. Er wird zur Thematik „Landestourismuskonzeption Brandenburg“ referieren.

Er vertritt den Standpunkt, dass die strategischen Rahmenbedingungen durchaus durch die Landestourismuskonzeption Brandenburg gesetzt werden. Dazu könne dann im Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus diskutiert werden.

Herr Starke erläutert zur Tourismusregion Niederlausitzer Landrücken, dass die Stadt Luckau wieder Mitglied im Tourismusverband Spreewald e. V. geworden ist. Er werde noch einmal überprüfen lassen, ob die in der Informationsvorlage aufgeführten Tourismuszahlen der Tourismusregion Niederlausitzer Landrücken darin mit enthalten sind. **Herr Starke** fügt hinzu, dass in der nächsten Informationsvorlage dieser Sachverhalt mit berücksichtigt werde.

Herr Treder-Schmidt führt aus, dass seinem Wissen nach die Tourismusregion Niederlausitzer Landrücken in den Tourismuszahlen mit berücksichtigt wurde. Er unterbreitet den Vorschlag, den Tourismusverband Niederlausitzer Land in einem extra Absatz zu erwähnen.

Zur Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH (ELS) gibt **Herr Treder-Schmidt** den Hinweis, dass im 2. Absatz, 2. Satz Folgendes formuliert wurde: „Themenvorschläge waren unter anderem die Elektromobilität, ...“ Da er als Vertreter des Aufsichtsrates am 14.03.2016 an der gemeinsamen Sitzung teilgenommen hat, kann er berichten, dass die Elektromobilität verworfen wurde und die Mehrzahl der Anwesenden die Schwerpunkte auf das Ansiedlungsmanagement sowie die Mobilität im ländlichen Raum legten. Das Protokoll müsse daher anders akzentuiert werden.

Landrat Loge bedankt sich für die Hinweise.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH (WFG)

Herr Schulze habe mehrere Anfragen.

Zur WFG interessiere ihn, wie weit der avisierte Flächenkauf in Wildau vorangeschritten ist.

Kommunaler Abfallentsorgungsverband Niederlausitz (KAEV)

Herr Schulze möchte wissen, welches Ergebnis die Sitzung der Verbandsversammlung hinsichtlich der Ausschreibung der gelben Tonne gebracht habe bzw. wie der weitere Werdegang sei.

Er vermisste in der Informationsvorlage den Punkt „Südbrandenburgischer Abfallzweckverband (SBAZV)“. **Herr Schulze** fragt nach, ob es zu diesem Punkt keine Informationen gebe.

Des Weiteren bittet er um einen aktuellen Sachstand bezüglich der Beschlussvorlage 2015/052 „Perspektivische Entwicklung der Struktur der Abfallzweckverbände in Südbrandenburg“. In der Kreistagssitzung am 03.06.2015 wurde mehrheitlich beschlossen, dass eine Wirtschaftlichkeitsberechnung der Abfallverbandsstrukturen des Landkreises Dahme-Spreewald bis zum Jahr 2020 durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer in Auftrag gegeben wird. Die Ergebnisse dieser Wirtschaftlichkeitsberechnung sollten im Kreistag dann noch einmal vorgestellt werden.

Landrat Loge nehme die Frage bezüglich der Zusammenlegung des KAEV und des SBAZV zunächst als Hinweis entgegen, da er zur Konzepterstellung derzeit keine aktuellen Ausführungen geben könne.

Herr Wille informiert zur Ausschreibung der gelben Tonne, dass das ein regelmäßiges Thema in der Verbandsversammlung des KAEV darstelle. Er weist darauf hin, dass es seitens des KAEV ein erneutes Protestschreiben an die Fa. Reclay Systems GmbH Köln gegeben hat. **Herrn Wille** liegt dieses Schreiben vor und er könne es gern Herrn Schulze zur Verfügung stellen. Das Protestschreiben ist dieses Mal etwas intensiver und ausführlicher formuliert worden.

Inhaltlich wurde im Schreiben ausgeführt, dass man sehr empört über die Vorstellungen der Fa. Reclay Systems GmbH Köln sei nicht nur im ländlichen Raum eine vierwöchige Leerung, sondern auch im städtischen Raum diesen Abfuhrhythmus einführen zu wollen. Die Verbandsversammlung war sich einig, den Verbandsvorsteher darin zu bestärken, ein solches Protestschreiben mit juristischem Beistand zu verfassen. **Herr Wille** schildert, dass ihm eine Antwort der Fa. Reclay Systems GmbH Köln zum Protestschreiben noch nicht bekannt sei. Er teilt mit, dass am 11.05.2016 die nächste Verbandsversammlung des KAEV stattfinden wird. **Herr Wille** erkundigt sich, ob seitens der Fa. Reclay Systems GmbH Köln ein Antwortschreiben zum Protestschreiben eingegangen ist.

Herr Starke teilt zur Frage WFG-Grundstückskauf mit, dass diese Angelegenheit erledigt sei. Die Verträge sind unterzeichnet. Der Kaufpreis ist bezahlt.

Weiterer Redebedarf besteht nicht. Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6. Verschiedenes

Sitzordnung zur Kreistagssitzung

Landrat Loge merkt an, dass allen Abgeordneten ein Vorschlag zur Sitzordnung in der Kreistagssitzung vorgelegt wurde. In der Arbeitsgruppe zum Umbau des Kreistagssaales wurde bereits ein Vorschlag unterbreitet, wie die Fraktionen insgesamt sitzen könnten. An diesem Vorschlag habe sich die Verwaltung gehalten. Sollten die Fraktionen den Wunsch haben, anders zu sitzen, bittet **Landrat Loge** darum, das in dem vorliegenden Papier einzutragen und dem Büro Kreistag bis zum 12.04.2016 zu übermitteln.

Schreiben des Kreisanglerverbandes Dahme-Spreewald e. V. und des Kreisanglerverbandes Lübben

Herr Selbitz bezieht sich auf die Anfrage des Kreisanglerverbandes im letzten Kreistag. Seines Wissens nach, sollte das Thema im Fachausschuss diskutiert werden. **Herr Selbitz** möchte wissen, ob ein befriedigendes Ergebnis seitens der Verwaltung mitgeteilt werden könne.

Herr Starke zeigt auf, dass die Ausführungen von Herrn Selbitz so nicht richtig wiedergegeben wurden. Es gab im Nachhinein mit Herrn Kretschmar, Herrn Schwarz, Herrn Selbitz und ihm noch ein Gespräch mit dem Ergebnis, dass es dazu noch ein Gespräch in der Kreisverwaltung geben werde. Das Gespräch mit den Vertretern der Kreisanglerverbände Dahme-Spreewald e. V. und Lübben e. V. hat am 15.03.2016 stattgefunden. Alle an der Beratung Teilnehmenden sind mit einem positiven Ergebnis aus der Beratung gegangen. Man habe sich dahingehend

geeinigt, dass gewisse Angelveranstaltungen, insbesondere für Kinder, Jugendliche und eventuell für Senioren von den Gebühren befreit werden können. Es wurde festgestellt, dass die Anzahl solcher Veranstaltungen sehr gering sei. Ergebnis des Gespräches war es auch, dass die Kreisverwaltung Dahme-Spreewald neue Vordrucke erstellen und es weitere Informationen geben werde, damit es für die Angelverbände einfacher wird.

Tischverkabelungen im Kreistagssaal

Herr Terno stellt die Frage, ob die Steckdosen auf den Tischen nur zur Dekoration dienen oder ob diese auch scharfgeschaltet werden. Er weist darauf hin, dass man in der Stadt Luckau hervorragende Erfahrungen mit der Nutzung der ALLRIS-App gemacht habe. **Herr Terno** möchte wissen, ob es im Landkreis Dahme-Spreewald auch Überlegungen gebe, einen papierlosen Sitzungsdienst anzubieten.

Landrat Loge regt an, die Thematik „papierloser Sitzungsdienst“ in einer der nächsten Beratungen des Vorsitzenden mit den Fraktionsvorsitzenden zu diskutieren. Er könne sich vorstellen, dass es hinsichtlich dieser Problematik unterschiedliche Auffassungen gebe.

Herr Nagel führt zu den Tischverkabelungen im Kreistagssaal aus, dass die Elektriker damit noch nicht fertig seien. Es wurde die Zielsetzung gestellt, die Tischverkabelungen bis zur Kreistagssitzung fertigzustellen.

Einwohnerbeteiligungssatzung des Landkreises Dahme-Spreewald, Hauptsatzung des Landkreises Dahme-Spreewald und Geschäftsordnung für den Kreistag des Landkreises Dahme-Spreewald

Herr Schulze teilt mit, dass seinem Wissen nach die Einwohnerbeteiligungssatzung, die Hauptsatzung des Landkreises Dahme-Spreewald und die Geschäftsordnung für den Kreistag des Landkreises Dahme-Spreewald fertig gestellt sind. Er wundere sich, dass diese Satzungen nicht auf die Tagesordnung stehen. **Herr Schulze** schlussfolgere daraus, dass dann eine Behandlung im Kreistag auch nicht vorgesehen ist. Er möchte wissen, ob es dafür gravierende Gründe gebe. Wann könne damit gerechnet werden, dass diese Satzungen zur Behandlung auf die Tagesordnungen sowohl des Kreisausschusses als auch des Kreistages stehen.

Landrat Loge übergibt das Wort an Herrn Wille.

Herr Wille entgegnet, dass die Überarbeitungen der Satzungen vorgenommen worden sind. Zu diesen Satzungen gibt es erhebliche Vorbehalte hinsichtlich der Geschlechterbezeichnungen. Es erhebt sich erheblicher Widerstand, vertreten durch die Fraktion UBL/Wir für KW. Die Fraktion UBL/Wir für KW kenne durchaus an, dass die Arbeitsgruppe versucht habe, einen Kompromiss zu finden, welchen sie aber aus grundsätzlichen Erwägungen so nicht folgen könne. Mittlerweile gibt es zu dieser Problematik ein Schreiben der Landesgleichstellungsbeauftragten, dass es, wie es die Arbeitsgruppe in den Satzungen formuliert habe, so nicht zu-lässig sei. **Herr Wille** merkt an, dass man sich im Hause dazu noch einmal rechtlichen Rat geholt habe. Er führt aus, dass es aber dazu noch einer erneuten Abstimmungsrunde bedarf. Des Weiteren gibt es noch ein anderes Thema, über das man sich verständigen müsse. Es handle sich um die Formulierung, die Herr Selbitz dann noch einmal bestätigen müsse, des Paragraphen 17 in der neuen Hauptsatzung in Bezug auf die Integrationsbeauftragte. Seitens der Fraktion UBL/Wir für KW gibt es hierzu Proteste. Das seien die Gründe, warum er entschieden habe, die Satzungen noch nicht auf die Tagesordnung des Kreistages zu setzen. **Herrn Wille** sei sehr daran gelegen, mit einem einvernehmlichen Vorschlag in den Kreistag zu gehen, damit keine Diskussionen im Einzelfall geführt werden, sondern dort dann grundsätzliche Dinge besprochen werden.

Herr Wille informiert, dass er bestrebt sei, so schnell wie möglich einen Termin mit dem Landrat und der Arbeitsgruppe einzuberufen, um die Satzungen im nächsten Kreistag zu beschließen. Er appelliert an die anderen Fraktionen, dass sich diese bereits inhaltlich mit den Satzungen befassen sollten.

Herr Selbitz bedankt sich bei Herrn Wille, dass er zu dieser Problematik an der Fraktions-sitzung der UBL/Wir für KW teilgenommen hat.

Er teilt mit, dass es die Fraktion UBL/Wir für KW für erforderlich hält, ein Augenmerk in die geschlechterspezifischen Formulierungen der drei Satzungen zu legen. Die Fraktion UBL/Wir für KW hat die Unterstützung bei der Landesgleichstellungsbeauftragten gesucht und ihr die drei Satzungen zur Prüfung vorgelegt. Die entsprechenden Schreiben wurden über das Büro Kreistag an den Vorsitzenden des Kreistages weitergeleitet. Die Empfehlungen der Fraktion UBL/Wir für KW sind allen mit der Bitte um Prüfung zugegangen. **Herr Selbitz** spricht sich dafür aus, dass die Fraktion UBL/Wir für KW die Arbeit der Arbeitsgruppe sehr hoch anerkenne.

Herr Selbitz bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Wille bezüglich der Integrationsbeauftragten. Er berichtet, dass die Problematik der Integrationsbeauftragten in der Fraktion UBL/Wir für KW sehr ausführlich diskutiert worden ist. Die Integrationsbeauftragte findet man in der neuen Hauptsatzung unter den § 17. **Herr Selbitz** merkt an, dass sie in der Hauptsatzung korrekt formuliert worden ist. Die Fraktion UBL/Wir für KW sehe aber inhaltliche Bedenken, ob die von Landrat Loge ausgewählte Struktur innerhalb der Kreisverwaltung alles in einer Person zu vereinen, eine günstige und für die Zukunft akzeptable Lösung sei. Besser wäre es, der Landkreis Dahme-Spreewald wähle das Modell des Landes Brandenburg, drei Gleichstellungsbeauftragte für die verschiedenen drei Sachbereiche einzusetzen. Das sei eine günstigere Variante.

Werden dann die zwei Punkte in der Kreistagssitzung angesprochen, ist es auch kein Geheimnis, dass die Fraktion UBL/Wir für KW als kleine Fraktion mit dieser Stärke etwas nicht auf die Tagesordnung setzen zu können, natürlich auch im Hinblick auf die letzten Wahlergebnisse mit dem Vorschlag der Fraktionsstärke nicht einverstanden sei. Seitens der Fraktion UBL/Wir für KW wird beantragt, die Fraktionsstärke auf 3 herabzusetzen. Dieses bedarf dann einer Entscheidung im Kreistag. Entsprechende Anträge sind jederzeit erlaubt. **Herr Selbitz** möchte aber bereits heute ankündigen, dass die Fraktion UBL/Wir für KW einen entsprechenden Antrag stellen wird.

Nach Herstellung der Nichtöffentlichkeit wird die Sitzung um 19:45 Uhr mit dem Tagesordnungspunkt 7 fortgesetzt.